



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses
vom 17.02.2009
im Sitzungssaal des Rathauses in Neubeckum, Hauptstraße 52, 59269 Beckum

Hinweis: Die Niederschrift ist im Bürgerinformationssystem auf den öffentlichen Teil beschränkt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern
2. Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.12.2008 - öffentlicher Teil -
3. Neubau eines Entertainmentcenters und eines Getränkemarktes an der Neubeckumer Straße
Vorlage: 2009/0014 Entscheidung
4. Bericht der Verwaltung
5. Vorstellung der Pläne zum Umbau der Scheunen an der Südstraße zu Gaststätten
Vorlage: 2009/0003 Kenntnisnahme
6. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10.1 "Weststraße";
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a
Baugesetzbuch
Vorlage: 2009/0009 Entscheidung
7. Ausbau der Mozartstraße, Genehmigung der Ausbaupläne
Vorlage: 2009/0017 Entscheidung
8. Ablösung von Stellplätzen an der Herderstraße
Vorlage: 2009/0002 Entscheidung
9. Errichtung öffentlicher Toilettenanlagen an den Standorten "Bummelke"/Elisabethstraße und Höxberg
Vorlage: 2009/0004 Entscheidung
10. Anfragen

Anwesenheitsliste

Anwesend:

Vorsitz

Herr Werner Knepper

CDU-Fraktion

Herr Alfons Dierkes

Herr Rudolf Goriss

Herr Michael Meinke

Herr Thomas Reinkemeier

Vertretung für Herrn Dieter Beelmann

CDU-Sachkundige Bürger

Herr Peter Goriss

SPD-Fraktion

Herr Dr. Rudolf Grothues

Herr Otto Gubbe

Herr Peter Redegeld

SPD-Sachkundige Bürger

Herr Werner Haverkemper

FWG-Sachkundige Bürger

Herr Norbert Barenberg

Bündnis 90/Die Grünen - Sachkundige Bürger

Herr Kai Braunert

FDP-Fraktion

Herr Karl-Heinz Przybylak

Vertretung für Herrn Timo Przybylak

Verwaltung

Herr Ralf Bzdok

Herr Heiko Deichmann

Herr Klaus Fernkorn

Herr Thorsten Herbst

Frau Hannelore Kirchberger

Herr Rudolf Meyer

Herr Holger Osteroth

Herr Ulrich Schockmann

Gäste

Herr Jens-Peter Huesmann

Frau Katharina Pilz

Herr Heinz-Josef Wiedeking

Büro Drees & Huesmann, Planer

Architekturbüro Pilz

Pulverschoppen Beckum Gbr

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:25 Uhr

Protokoll

Die Sitzungsleitung eröffnete die Sitzung und stellte die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Einwendungen hiergegen wurden nicht erhoben.

Aufgrund der Vielzahl der erschienenen Bürgerinnen und Bürger wurde der Tagesordnungspunkt 6 vorgezogen und als Tagesordnungspunkt 3 beraten. Daher ergibt sich eine von der Sitzungseinladung abweichende Reihenfolge.

Öffentlicher Teil:

1. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Eine Anwohnerin der Neubeckumer Straße beklagte die geplante Verkehrsführung zur Anbindung des Entertainment-Centers und Getränkemarktes an der Neubeckumer Straße. Sie wies darauf hin, dass für die Anwohner schon heute eine schwierige Situation bestünde. Durch die geplante Anbindung würden sich weitere Verschlechterungen für die Anwohner ergeben, welche nicht hinnehmbar seien.

2. Niederschrift über die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 17.12.2008 - öffentlicher Teil -

Gegen die Niederschrift wurden keine Einwendungen erhoben.

3. Neubau eines Entertainmentcenters und eines Getränkemarktes an der Neubeckumer Straße

Vorlage: 2009/0014 Entscheidung

Herr Schockmann erläuterte das bisherige Verfahren zum Neubau eines Entertainmentcenters und eines Getränkemarktes an der Neubeckumer Straße. Er wies darauf hin, dass sich der Stadtentwicklungsausschuss in seiner Sitzung am 08.11.2007 mit der Angelegenheit befasst hatte und dem Vorhaben grundsätzlich - jedoch vorbehaltlich der verkehrlichen Erschließung - zugestimmt und die Ausnahme von der Veränderungssperre zugelassen hat.

Herr Schockmann erläuterte anschließend den vom Antragsteller und Investor vorgeschlagenen Verkehrsentswurf, welcher Antragsgegenstand zum Bauantrag ist. Demnach würden Beeinträchtigungen für 5 Wohnhäuser an der dem Vorhaben gegenüber liegenden Seite der Neubeckumer Straße eintreten, welche künftig nur noch ihre Grundstücke aus Richtung Neubeckum anfahren und in Richtung Beckum verlassen könnten.

Herr Haverkemper erklärte für die SPD-Fraktion, dass die Neubeckumer Straße schon heute sehr hoch belastet sei. Die vorgeschlagene Lösung sei nicht akzeptabel, da sie zu Lasten der Anwohner ginge.

Herr Przybylak erklärte, dass die vorgeschlagene Lösung nicht hinnehmbar sei und eine anwohnerverträgliche Lösung gefunden werden müsse.

Herr Reinkemeier fragte an, ob noch andere Alternativen untersucht worden seien.

Herr Schockmann erklärte, dass die vorgestellte Alternative diejenige sei, welcher der Antragsteller zum Antragsgegenstand gemacht hat. Herr Schockmann wies weiter darauf hin, dass hierbei der Mehrzweckstreifen durch ein Verschwenken der Fahrbahn erhalten werden könnte. Es habe weiterhin auch noch die Varianten gegeben, auf den Mehrzweckstreifen vor

den Wohnhäusern zu verzichten oder die Angelegenheit mit einer Ampel zu regeln. In allen Fällen wären die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden. Die beschriebene Variante ohne Mehrzweckstreifen und mit Ampelanlage sei diskutiert worden, doch nicht Antragsgegenstand.

Herr Schockmann wies zudem darauf hin, dass die Erschließung des Grundstückes auch über eine Lösung „rechts rein – rechts raus“ aus Richtung Beckum kommend in Richtung Neubeckum abfahrend möglich wäre, jedoch werde dies vom Investor abgelehnt.

Herr Barenberg erklärte, dass die vorgeschlagene Lösung nicht akzeptiert werde und ein anderer Vorschlag vorgelegt werden solle.

Herr R. Goriss fragte an, ob eine Zufahrt über Kaufland möglich sei.

Herr Schockmann erklärte hierzu, dass die Firma Kaufland hierzu nicht bereit sei. Die Verwaltung habe schon bei der Erschließung des Baumarktes und Möbelmarktes versucht, auf der anderen Seite mit der Firma Kaufland eine gemeinsame Lösung zu erzielen, was nicht möglich gewesen sei.

Herr Haverkemper erklärte, dass durch den vorgeschlagenen Entwurf die Einschränkungen für die Anwohner zu hoch sind und der Vorschlag abgelehnt werden soll.

Herr Dr. Grothues wies darauf hin, dass die Ansiedlung des Entertainmentcenters und des Getränkemarktes nicht zu Lasten der Anwohner gehen könne. Der Investor selber lehnt eine „rechts rein / rechts raus-Lösung“ ab, will diese aber den heute dort Wohnenden abverlangen. Zudem wies Herr Dr. Grothues darauf hin, dass die SPD-Fraktion eine Spielhallenansiedlung weiter kritisch sehe.

Herr Reinkemeier fragte an, ob der Antragsteller einen Anspruch auf die durch ihn vorgeschlagene verkehrliche Erschließung habe.

Herr Osteroth erklärte, dass dies nicht der Fall sei, da das Grundstück auch auf einfachem Wege mit einer „rechts rein / rechts raus-Lösung“ angebunden werden könne.

Herr Przybylak wies darauf hin, dass eine Spielhalle an dieser Stelle sicherlich nicht die beste Lösung sei, jedoch erinnerte er daran, dass mögliche Schadensersatzansprüche gegenüber der Stadt im Raum stünden.

Vorsitzender Knepper fasste die Diskussionen zusammen und stellte fest, dass kein mehrheitlicher Beschluss für die vom Investor vorgeschlagene Erschließungsvariante zustande kommt. Er formulierte daher einen Beschlussvorschlag, über den anschließend abgestimmt wurde.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Investor weitere Gespräche über eine nachbarschaftsverträglichere Erschließung zu führen.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

4. Bericht der Verwaltung

- a) Zum Pulortviertel berichtete Herr Meyer Bezug nehmend auf die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 17.12.2008 über die Möglichkeit der Festlegung eines verkehrsberuhigten Bereiches (VZ 325 StVO) für die Straßen Bergstraße, Kreuzstraße, Roggenmarkt und Pulort zwischen Nordwall und Hühlstraße. Der ausführliche Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Frau Kirchberger ergänzte zum weiteren Vorgehen für das Pulortviertel, dass durch das Büro SSP Consult derzeit der Entwurf eines Ausbauplanes erarbeitet werde und dieser in der nächsten Sitzung vorgestellt werden soll.

Herr Herbst wies anschließend darauf hin, dass die bislang eingegangenen Anregungen aus den Fraktionen im weiteren Verfahren nach der Bürgerbeteiligung behandelt werden sollen. Zu grundsätzlichen Fragen der verkehrlichen Regelung in der Innenstadt ist aus Sicht der Verwaltung die Einrichtung einer Arbeitsgruppe oder ein Verwaltungsvorschlag denkbar. Die Entscheidung darüber sollte in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses getroffen werden.

- b) Herr Herbst erläuterte den Zeitplan zur Erarbeitung des Stadtentwicklungskonzeptes und erklärte den Verwaltungsvorschlag zur Einrichtung einer „Koordinierungsrunde Stadtentwicklungskonzept“, welche aus Vertretern der Fraktionen und Verwaltungsmitarbeitern bestehe. Das weitere Vorgehen würde in der nächsten Ratssitzung vorgestellt.
- c) Herr Herbst erläuterte das weitere Vorgehen zum Einzelhandelskonzept der Stadt Beckum. Demnach soll zunächst der Gutachter die Entwurfsfassung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes erstellen. Danach soll der Konzeptentwurf im Stadtentwicklungsausschuss vorgestellt und anschließend vom Arbeitskreis und der Politik gemeinsam beraten werden. Daran soll in einem weiteren Schritt eine entsprechende Beteiligung der Bürger, der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden stattfinden.
Herr Herbst wies weiter darauf hin, dass der Sitzungstermin am 05.05.2009 möglicherweise verschoben werden muss oder ein zusätzlicher Termin am 12.05.2009 stattfinden soll, da der Gutachter am 05.05.2009 schon einen Termin im Rat einer anderen Stadt habe.
- d) Herr Bzdok erläuterte, dass auch die Stadt Ennigerloh zurzeit ein Einzelhandels- und Zentrenkonzept erarbeitet. Das Büro Junker & Kruse habe dort einen ersten Entwurf erarbeitet und die Nachbargemeinden seien durch die Stadt Ennigerloh zur Stellungnahme aufgefordert worden.
Bei Durchsicht der Unterlagen wären keine Auffälligkeiten festgestellt worden. So habe die Stadt Ennigerloh lediglich im Ortszentrum Ennigerloh einen Zentralversorgungsbereich dargestellt; in den übrigen Ortsteilen habe man sich auf die Nahversorgung der dort lebenden Bewohner beschränkt. Die Ennigerloher Sortimentsliste bewege sich im Rahmen der gesetzlich möglichen Spielräume und weist keine Auffälligkeiten auf. Die Verwaltung werde daher für die Stadt Beckum keine Anregungen gegenüber der Stadt Ennigerloh geltend machen.
- e) Frau Kirchberger erläuterte, dass die Stadt Ahlen derzeit einen neuen Flächennutzungsplan erarbeitet und die Stadt Beckum im Rahmen des frühzeitigen Verfahrens zur Stellungnahme aufgefordert sei. Die betroffenen Fachdienste innerhalb der Verwaltung seien befragt worden und zu dem Ergebnis gekommen, dass keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Planungen vorgebracht werden sollen. Lediglich für den Bereich der das Stadtgebiet übergreifenden Planungen wie z.B. Windkraftanlagen und Werserenaturierung wird der Hinweis auf eine untereinander abzustimmende Vorgehensweise gegeben.
- f) Frau Kirchberger berichtete, dass die Bezirksregierung Arnsberg die Stadt Beckum zum Planverfahren „Erweiterung des Möbelhauses Turflon“ in Werl beteiligt hat. Demnach soll die bisherige Verkaufsfläche von 48.300 m² um 20.700 m² auf nunmehr 69.000 m² vergrößert werden. Die Erweiterung der Verkaufsfläche betrifft keine zentrenrelevanten Sortimente sondern bezieht sich lediglich auf das Sortiment Möbel.
Den Unterlagen ist eine Verträglichkeitsuntersuchung des Büros Dr. Acocella beigefügt, welche durch das Büro Junker und Kruse auf Plausibilität geprüft worden sei. Im Ergebnis ist festzuhalten, dass die Stadt Beckum nicht zum Einzugsgebiet des Möbelhauses Turflon gezählt wird und die Verträglichkeitsstudie im Großen und Ganzen schlüssig ist und keine

erheblichen Auswirkungen auf die Stadt Beckum zu erwarten seien. Dementsprechend werde man keine Anregungen seitens der Stadt Beckum geben, jedoch um weitere Beteiligung beim Planverfahren bitten.

- g) Herr Osteroth berichtete, dass das „Baubürgerbüro“ nicht mehr in der bislang angedachten Form weiter verfolgt werden soll. Vielmehr ist nun beabsichtigt, ein sogen. „virtuelles Baubürgerbüro“ über die Internetpräsenz der Stadt Beckum einzurichten und in das E-Gouvernement zu integrieren. Das Konzept wird zu gegebener Zeit im Ausschuss vorgestellt.
- h) Herr Deichmann berichtete zum Innenstadtmanagement, dass Herr Welp das Innenstadtmanagement nicht weiterführen könne, da er ein berufliches Angebot erhalten habe, welches ihm eine langfristige Perspektive garantiere. In Abstimmung mit den Gewerbevereinen wurde daher vereinbart, dass das Innenstadtmanagement nunmehr von Frau Horstmann aus Beckum und Herrn Friedmann aus Neubeckum gemeinsam mit entsprechender Aufgabenverteilung fortgesetzt werde
- i) Herr Fernkorn berichtete, dass die Ausschreibung für den Ausbau der Oststraße derzeit läuft und der Baubeginn Anfang April geplant sei. Für die Leuchten habe man ein Angebot der EVB erhalten, welches sich an dem Leuchtentyp im Bereich der fertig gestellten Oststraße bzw. Weststraße orientiert. Diese sollen in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt werden.

5. Vorstellung der Pläne zum Umbau der Scheunen an der Südstraße zu Gaststätten **Vorlage: 2009/0003 Kenntnisnahme**

Herr Wiedeking erläuterte für die Pulverschoppen GbR, dass beabsichtigt sei, die Gaststätte Pulverschoppen mit dem dahinter liegenden Biergarten mit den vorhandenen Scheunen erheblich aufzuwerten und den gesamten Bereich einer attraktiven Nutzung zuzuführen. Mit den Umbauplanungen ist die Architektin Katharina Pilz beauftragt worden, welche im Anschluss das Vorhaben im Einzelnen vorstellte.

Frau Pilz erläuterte dabei, dass in dem bestehenden Pulverschoppen die Einrichtung neuer Sanitäranlagen in Angriff genommen werden soll. Diese werden völlig neu konzipiert und eine behindertengerechte Toilette eingebaut. Die Eingangssituation und der Übergang zum Biergarten werden neu gestaltet. Die bestehende zur Gaststätte Pulverschoppen gehörige Scheune wird ebenso wie die Durchfahrtscheune saniert und zu einem Cafe und Bistro mit weiteren Toilettenanlagen denkmalgerecht umgebaut.

Um die erforderlichen Stellplätze bereitstellen zu können, soll für diese Objekte entlang der Südstraße eine gemeinsame Stellplatzanlage errichtet werden. Sie soll in Anlehnung an die vorhandene Einfriedigung am gegenüber liegenden Volksbank-Parkplatz auch in Form einer attraktiven Mauer zur Raumkantenbildung errichtet werden.

Das Vorhaben fand allgemeine Zustimmung und wurde von allen Fraktionen als sehr positive Maßnahme für die Beckumer Innenstadt begrüßt.

Herr Haverkemper fragte an, ob die vorhandenen Bäume erhalten bleiben.

Herr Wiedeking erklärte hierzu, dass für einen Biergarten und eine Außengastronomie ein Baumbestand von großer Bedeutung sei und die Bäume so weit wie möglich erhalten oder ggf. ersetzt und ergänzt werden sollen.

Abstimmungsergebnis:

zur Kenntnis genommen

**6. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10.1 "Weststraße";
Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch in Verbindung mit § 13a
Baugesetzbuch
Vorlage: 2009/0009 Entscheidung**

Herr Huesmann vom Büro Drees, Huesmann Planer erläuterte, dass das im vorangegangenen Tagesordnungspunkt vorgestellte Vorhaben zum Umbau des Pulverschoppens, der angrenzenden Scheunen und der Parkplatzanlage, insbesondere aufgrund der Parkplatzanlage, nicht in den vorhandenen Bebauungsplan Nr. 10.1 „Weststraße“ eingefügt werden könne, da die Festsetzungen hier entgegenstünden.

Bei Durchführung des Vorhabens müsse daher eine Änderung des Bebauungsplanes durchgeführt werden, mit der sein Büro durch die Pulverschoppen GbR beauftragt worden sei.

Herr Huesmann wies darauf hin, dass es hierbei vordergründig um den Verzicht auf die Straßenrandbebauung im Bereich der Südstraße ginge, welche hier die Festsetzung einer Stellplatzanlage mit Mauer als Abschluss zum Straßenraum beinhalten soll.

Herr Huesmann wies weiter darauf hin, dass es sich bei diesem Bebauungsplan um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, welcher durch den Gesetzgeber im Baugesetzbuch 2007 ergänzt wurde. Dies ermöglicht eine Planung im bereits beplanten Bereich oder Innenbereich von Städten ohne einen zusätzlichen Umweltbericht und in einem verkürzten Bauleitplanverfahren ähnlich dem vereinfachten Verfahren.

Er erläuterte, dass bei normalem Verlauf das Verfahren im Herbst 2009 abgeschlossen werden könnte.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10.1 „Weststraße“ gemäß § 2 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) wird beschlossen. Die Aufstellung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 10.1 „Weststraße“ wird gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt. Die Voraussetzungen des § 13a BauGB sind erfüllt, da das Änderungsgebiet der innerstädtischen Entwicklung dient und weit unter der Schwelle von 20.000 m² versiegelter Fläche liegt.

Durch den Bebauungsplan sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die geplante Außengastronomie und die zugehörige Stellplatzanlage geschaffen werden.

Der Geltungsbereich der 4. Änderung des Bebauungsplans Nr. 10.1 „Weststraße“ umfasst die Grundstücke Flur 34, Flurstücke 59, 61, 62, 64, 65, 67, 70, 71, 72, 596, 598, 674, 675, 676, 677, 683, 756, 757, 758.

Kosten/Folgekosten

Durch das Verfahren entstehen derzeit keine Kosten und keine Folgekosten.

Finanzierung

Die Entscheidung hat momentan keine finanziellen Auswirkungen auf den städtischen Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

7. Ausbau der Mozartstraße, Genehmigung der Ausbaupläne **Vorlage: 2009/0017 Entscheidung**

Herr Fernkorn berichtete, dass zum Ausbau der Mozartstraße auf Grundlage der letzten Beratung im Stadtentwicklungsausschuss eine dritte Variante erarbeitet und mit den bereits vorgelegten Varianten den Anwohnern in der Versammlung am 29.01.2009 vorgestellt wurde.

Vom Ergebnis sei festzuhalten, dass Stellplätze von den Anwohnern durchaus gewollt seien, aber diese nicht abmarkiert werden sollten.

Weiterhin wurde der Wunsch nach Alleebäumen geäußert. Es sollen künftig Bäume mit unterpflanzten Rosenbeeten gepflanzt werden, um auch einen blühenden Charakter in die Straße zu bekommen.

Weiterhin wurde von den anwesenden Anwohnern ein Ausbau in Pflasterbauweise bevorzugt.

Herr Reinkemeier fragte an, ob Baumbeete grundsätzlich mit großen Schildern gesichert werden müssten.

Herr Fernkorn erläuterte, dass in jedem Fall eine Markierung vorhanden sein müsse; es sollten jedoch Begrenzungspfähle mit Reflektoren ausreichen, damit keine Barken errichtet werden müssen.

Herr Dierkes fragte an, warum von den Anwohnern Pflaster gewollt worden sei.

Herr Fernkorn erklärte hierzu, dass dies bei Reparaturen an der Straße und an Leitungen unauffälliger sei.

Herr Przybylak erklärte, dass Pflasterstraßen oft nach einiger Zeit zum Klappern neigen und aus seiner Sicht keinen Vorteil bringen. Asphaltstraßen sind aus seiner Sicht geeigneter. Wenn jedoch der Bürgerwunsch nach Pflasterung sei, würde er diesem nicht entgegenstehen wollen.

Nach weiterer kurzer Diskussion ließ der Vorsitzende über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Die Mozartstraße wird nach Variante 1 ausgebaut.

Variante 1:

Beidseitiger Gehweg mit Pflaster Grau: 2,15 m breit

Straßenbereich wird gepflastert Gesamtbreite: 7,70 m

und wird mit Baumbeeten unterbrochen,
die versetzt angelegt werden.

Größe der Baumbeete: 3,00 m x 2,50m

Durchfahrtsbreite an den Baumbeeten: 5,20 m

Pflastergröße ist 24/16/10 ohne Fase.

Die Parkplätze werden nicht gesondert ausgewiesen

Die Zone 30 bleibt erhalten

Kosten/Folgekosten

Die Kostenkalkulation beläuft sich auf 120.000 €

Finanzierung

Für die Maßnahme sind im Haushaltsplan 2009 Haushaltsmittel in Höhe von 119.950 € bei dem Konto 120101.785200/Investitionsnummer 2011 – Gehwege und Ausbau Mozartstraße – vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

8. Ablösung von Stellplätzen an der Herderstraße

Vorlage: 2009/0002 Entscheidung

Herr Osteroth erläuterte die Sitzungsvorlage zur Ablösung von Stellplätzen an der Herderstraße und wies darauf hin, dass man sich vor Ort ein Bild von der durch den Künstler Bücken geschaffenen Gartenanlage gemacht habe und diese künstlerisch gestaltete Gartenanlage nicht zugunsten von Stellplätzen vernichtet werden solle.

Herr Przybylak erklärte, dass der Stellplatzablöse zugestimmt werden sollte, damit die Gartenanlage erhalten bleiben kann.

Herr Haverkemper stimmte dem Erhalt des Gartens zu und regte jedoch an, die Angelegenheit der Stellplatzablösung einmal grundsätzlich und einheitlich zu klären.

Herr Rudolf Goriss erklärte hierzu, dass gerade dieser Fall zeige, dass man von Fall zu Fall entscheiden solle und keine einheitliche Regelung treffen könne.

Nach weiterer Diskussion, in der der Wunsch nach Erhalt des künstlerisch angelegten Gartens von allen Seiten bestätigt wurde, ließ der Vorsitzende über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Sachentscheidung

Der Ablösung von neun Stellplätzen für das Bürogebäude an der Herderstraße 1 in Neubeckum wird zugestimmt.

Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten oder Folgekosten.

Finanzierung

Die Einnahme aus der Stellplatzablöse beläuft sich auf 21.474 €. Sie ist zweckgebunden zu verwenden.

Abstimmungsergebnis:

ungeändert beschlossen Ja 13 Nein 0 Enthaltung 0

9. Errichtung öffentlicher Toilettenanlagen an den Standorten "Bummelke"/Elisabethstraße und Höxberg

Vorlage: 2009/0004 Entscheidung

Herr Knepper übergab zu diesem Tagesordnungspunkt den Vorsitz an Herrn Dierkes und nahm selbst unter den Ausschussmitgliedern Platz.

Herr Osteroth erläuterte sodann die Sitzungsvorlage und wies darauf hin, dass die Standorte der Toilettenanlagen bereits in der Sitzung am 19.08.2008 beraten und beschlossen worden seien. Anschließend stellte er die von der Verwaltung vorgeschlagenen Toilettenanlagen vor.

Es wies darauf hin, dass an der Bummelke / Elisabethstraße, die vorhandene Telefonzelle als Wandgerät oder als Säule in die Toilettenanlage außen integriert werden soll. Weiterhin sei es erforderlich, dass der vorhandene Stromkasten umgesetzt werde.

Es soll ein Außenmaterial gewählt werden, welches es ermöglicht, evtl. Graffiti leicht zu entfernen. Entsprechende Musterplatten wurden mitgebracht und lagen zur Begutachtung vor.

Herr Osteroth erläuterte sodann die Kostenkalkulation für die vorgeschlagenen Toilettenanlagen und wies darauf hin, dass man sich verwaltungsseitig für die kostengünstigste Variante entschieden habe.

Herr Osteroth erklärte weiter, dass mit dem Betreiber des Hotels Höxberg gesprochen worden sei. Dieser erklärte, dass keine in das Hotel integrierte Anlage gewünscht sei. Die Anlage solle etwas weiter zurückgesetzt werden, ansonsten sei man mit dem von der Stadt vorgeschlagenen Standort einverstanden. Für den Standort am Höxberg ist eine Putzfassade vorgesehen.

Herr Knepper fragte an, ob ein Anschluss an den öffentlichen Kanal möglich sei.

Herr Fernkorn erläuterte hierzu, dass dies nur unter Schwierigkeiten mittels einer Druckrohrleitung möglich wäre.

Herr Knepper dankte der Verwaltung für die vorgeschlagenen Entwürfe, erklärte aber, dass dies nicht ausreichend sei. Für den Standort an der Bummelke / Elisabethstraße, schlug er vor, diesen nicht zu nah an der Straße sondern etwas weiter zurück vorzusehen. Außerdem sei an dieser exponierten Stelle die Gestaltung einer derartigen Anlage von besonderer Bedeutung. Hier sollten ggf. in Anlehnung an die umliegende Bebauung ein entsprechendes Bauwerk errichtet werden.

Herr Knepper zeigte sich weiter über die von der Verwaltung ermittelten Kosten für die Toilettenanlagen verwundert. Er hielt es für durchaus vorstellbar, dass durch konventionelle Bauweise die Anlagen günstiger errichtet werden könnten und stellte den Antrag, einen Architekten mit den Entwürfen für beide Toilettenanlagen zu beauftragen.

Herr Haverkemper fragte an, ob bei den jährlichen Kosten die Reinigung inbegriffen sei.

Herr Osteroth erklärte, dass dies der Fall sei und die Kosten incl. täglicher Reinigung sowie Wartung mit inbegriffen seien. Zudem sind an eine derartige Toilettenanlage höhere Ansprüche zu stellen, um diese vor Vandalismus zu schützen.

Herr Haverkemper fragte weiter an, ob die Schützenvereine auch weiterhin die Toiletten im Hotel Höxberg benutzen würden.

Herr Osteroth erklärte, dass dies der Fall sei.

Herr Barenberg erklärte zu den Äußerungen des Herrn Knepper, dass die Beauftragung eines Architekten und der damit verbundenen konventionellen Errichtung der Toilettenanlage seiner Erfahrung nach wesentlich teuer werden würde.

Herr Dr. Grothues erklärte, dass er den Antrag von Herrn Knepper durchaus unterstützen könne, wenn dann auch die kostengünstigere Variante gewählt würde - auch wenn dies dann der Verwaltungsvorschlag sei.

Herr Reinkemeier erklärte, dass die Kostenfrage in jedem Fall untersucht werden sollte. Zudem gab er zu bedenken, dass die vorgesehene Umsetzung des Stromkastens zu nahe an der Wiese erfolge. Hier sollte die Möglichkeit überprüft werden, die Stromanlagen in die Toilettenanlage zu integrieren.

Herr Przybylak erklärte, den Antrag von Herrn Knepper zu unterstützen.

Herr Barenberg wies darauf hin, dass die Technik einer solchen behindertengerechten und auch gegen Vandalismus geschützten Toilettenanlage sehr teuer sei.

Nach weiterer Diskussion ließ der Vorsitzende über den Antrag des Herrn Knepper abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Architekten mit der Entwurfsplanung und Kostenschätzung für beide behindertengerechten Toilettenanlagen zu beauftragen, um einen Kostenvergleich herstellen zu können.

Abstimmungsergebnis:

geändert beschlossen Ja 11 Nein 1 Enthaltung 1

10. Anfragen

Nach Abschluss des Tagesordnungspunktes 9 übernahm Herr Knepper wieder den Vorsitz der Sitzung.

- a) Herr Gubbe fragte an, ob die Verwaltung eine Bilanz vorlegen könne, wie viele Gewerbebetriebe und Arbeitsplätze innerhalb der letzten 4-5 Jahre in Beckum angesiedelt worden sind.
- b) Herr Gubbe fragte weiter an, warum die Behindertentoilette in Neubeckum so oft geschlossen sei und nicht benutzt werden kann.
Die Verwaltung sagte zu, dies zu prüfen.
- c) Herr Knepper fragte an, ob es im Rahmen des Umbaus der Oststraße zu einer Vollsperrung der Straße käme.
Herr Fernkorn erläuterte hierzu, dass im Bereich der Wersebrücke umfangreiche Brückenerneuerungen durchgeführt werden müssen; zumindest für den Zeitpunkt der Brückenerneuerung müsse eine Vollsperrung durchgeführt werden. Man wolle versuchen, diesen Zeitraum jedoch so kurz wie möglich zu halten.

Für die Richtigkeit:

Beckum, den 12.03.2009

Beckum, den 10.03.2009

gez.

Werner Knepper
(Vorsitz)

gez.

Ralf Bzdok
(Schriftführung)